

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1842

150 (13.9.1842)

Ein Abonnement besteht aus 25 Nummern und kostet 40 fr. Durch die Post bezogen für Baden 48 fr. Die Bestellungen sind für jedes folgende Abonnement zu erneuern.

Landtags-Zeitung.

Man abonniert bei dem nächstgelegenen Postamte in Karlsruhe bei Walsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 150.] Verhandlungen der II. Kammer der badischen Stände im Jahre 1842. [13. September.]

Herausgegeben von den Abgeordneten

Bassermann, Bissung, v. Ihstein, Kuenzer, Martin, Rindeschwender, Sander, Welcher und Weller.

Redigirt von dem Abg. Karl Wathy. — Druck von Walsch und Vogel in Karlsruhe.

60 ste öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

(Schluß.)

Finanzminister v. Böckh. Die Zeit hat nicht erst zu kommen, sie ist schon da, wo der Finanzminister sagt, wir sollen sparen. Allein dies ist nicht so leicht, wenn man nicht nützliche und wohlthätige Zwecke vernachlässigen will. Die Budgetkommission hat sich alle mögliche Mühe gegeben, an den Ausgaben zu sparen; allein sie konnte an 18 Millionen doch nicht mehr als 78,000 fl. abziehen, ein Beweis, daß die Regierung nicht zu viel gefordert hat. Der Abg. Sander spricht davon, wir hätten eine Million erübrigt. Wie denn? — 78,000 fl. haben wir erübrigt und nicht mehr. Jene Million haben wir immer gehabt; bisher ergab sie sich aus den Rechnungen, aber jetzt, wo wir die Einnahmen auf ihren wahrscheinlichen Betrag erhöht haben, stellt sie sich im Budget schon in Zahlen dar. Wenn wir sie jetzt nicht behalten, dann haben wir in der nächsten Periode für außerordentliche Ausgaben nichts mehr übrig.

Wördes. Nachdem die Regierung bei Aufstellung des Budgets an diesem Landtage einem andern Systeme folgt, indem sie die Einnahmen wie die Ausgaben dem wirklichen Ergebnisse der Erfahrung gemäß in Rechnung setzt, also für außerordentliche Fälle keine Deckungsmittel erwarten kann, ist es wohl von selbst klar, daß nunmehr auf einen eigenen Reservefond Bedacht genommen werden muß. Zur Dotirung desselben sollen nach der Absicht des Herrn Finanzministers, wie nach jener der Budget-Kommission die Ueberschüsse der Staats-Einnahmen zunächst bestimmt werden; ob diese aber ihrem ganzen Betrage nach dafür aufzubehalten, oder ob ein Theil zu anderen Verwendungen gleich bald auszusetzen sei, darüber besteht eine Verschiedenheit der Meinungen. Ich für meine Person trete derjenigen bei, welche die Summe von ungefähr einer Million für zu bedeutend erachtet, um sie müßig in die Staatskasse zu hinterlegen, so leicht ich mir auch erklären kann, daß ein vorsichtiger Staatswirth eher die Verzögerung einer gemeinnützigen Anstalt, als die Gefahr einer Störung in dem geregelten Finanzplane auf sich nimmt. Zur Verwendung des entbehrlichen Theils jener Ueberschüsse schlägt uns die Majorität der Budget-Kommission vor, einzelne Bauten, sei es durch direkte Aufnahme in das Budget, oder durch generelle Ermächtigung, der Re-

gierung zu bezeichnen, deren Ausführung längst vorbereitet ist und jenen Landestheilen insbesondere zu statten kommen soll, welche zu dem großen Unternehmen der Eisenbahn müsteuern, ohne an dem Nutzen desselben in gleichem Verhältnisse Theil zu nehmen. Ein anderer Antrag ging so eben von der Minorität der Budgetkommission durch die Abg. Sander und Bassermann aus, welche eine Herabsetzung der Steuern verlangen und mit der Liegenschafts-Accise den Anfang machen wollen. Ueber die Ungerechtigkeit, die nationalökonomische Verkehrtheit und die sonstigen Schattenseiten dieser Abgabe ist in diesem Hause schon so oft und viel gesprochen worden, daß ich mich darauf beschränken kann, dem von den Rednern vor mir erhobenen Tadel einfach beizutreten. Auch bin ich mit denselben darin vollkommen einverstanden, daß eine gerechtere Vertheilung der Staatslasten zu wünschen, und daß der Reichthum in höherem Maße als dermal für die Bedürfnisse des Staates sollte beigezogen werden. Allein nicht so rasch, als die beiden Proponenten, kann ich mich dazu entschließen, ohne alle Vorbereitung an das organisch gegliederte Gebäude unseres hergebrachten Steuersystems die Hand zu legen, weil die einseitige Vollführung auch des glücklichsten Gedankens nur zu Verwirrung und Verlegenheiten führen müßte. Freilich, meine Herren! klingt dem Ohre des Volkes nichts empfehlender, nichts einschmeichelnder, als der Ruf nach Steuer-Minderung; ich besorge aber, der Jubelschall dieses einen Theiles der Pflichtigen würde unausbleiblich durch den Miston über-tönt werden, der aus jenen Gegenden sich vernehmen ließe, welche man leider nur allzu lange mit leeren Bertröstungen auf Anstalten hingehalten, die man ihnen ohne die schreiendste Unbilligkeit nicht ferner verweigern darf. Ich meine die vergessenen und fast verwaisten Thalgegenden des Schwarzwaldes und Odenwaldes, die zum Theil noch die nothwendigsten Verkehrswege entbehren, und nun von Neuem den begünstigten Ebenen des Landes zur Hebung ihres Floris die Mittel reichen sollen. Der vorgeschlagene Steuernachlaß ist nicht nur nicht geeignet, die langjährige Zurücksetzung ihnen zu vergüten, sondern bedroht sie sogar mit einer abermaligen Ungerechtigkeit, weil gerade in solchen Gegenden bei dem gebundenen Güterbesitze der Liegenschafts-Verkehr am seltensten vorkommt, während in den Städten und in den durch die Eisenbahn immer mehr belebten Landestheilen die Kauf-Accise zu den reich-

haltigsten Einnahms-Quellen des Staates gehört, folglich auch eine Reduktion derselben vorzugsweise hier den Steuerypflichtigen Erleichterung gewährte. Hiernach scheint mir in dem Antrage der Majorität das einzige und sicherste Mittel zu einer wohlthätigen Verwendung der Ueberschüsse zu liegen, für die ich deshalb auch mein Votum hiermit abgebe.

Finanzminister v. Böckh. Der Vorschlag der Majorität der Budgetkommission ist zehnmal wohlthätiger, als der Antrag auf Steuerverminderung. Gerade die Städte, welche von der Eisenbahn Vortheil ziehen, würden den größten Nutzen von der Herabsetzung der Kaufaccise haben.

Welcker. Die Deutschen sind gutmüthig, auch unsere Kammer und unsere Budgetkommission bestehen aus Deutschen. Von Seiten der Regierung wird gewünscht, daß der gegenwärtige Landtag dem Volke keine Früchte bringe und aus Gutmüthigkeit geht die Majorität der Kommission und der Kammer auf diese Absicht ein. Wir hätten noch viele weitere Ersparnisse machen können, wenn die Gutmüthigkeit es nicht verhindert hätte. Es sind Wünsche in dieser Beziehung sowohl als für den schnelleren Vollzug nützlicher Unternehmungen ausgesprochen worden; allein man läßt sich von der deutschen Gutmüthigkeit hinreißen und steht von der Ausführung ab. — Eine Steuerminderung scheint mir ganz in der Ordnung. Das Volk ist doch noch hinreichend belastet. Außer den Staatssteuern sind die Gemeindefinanzlagen in fortschreitendem Wachsen begriffen; die Last der indirekten Abgaben ist durch die Vereinszölle bedeutend vergrößert worden und es ist daher gar nichts Außerordentliches, wenn man an einen Steuernachlaß denkt. Der Wohlstand, welcher nach den Kriegszeiten aufblühte, nimmt allmählig wieder ab, einer großen Anzahl von Bürgern fällt es schwer, ihren nothwendigen Lebensunterhalt zu erwerben und deshalb sind sehr Viele ernstlich der Meinung, daß die Stunde gekommen sei, die Staatslasten durch Ersparnisse an den Ausgaben zu vermindern und Steuervermindierungen eintreten zu lassen, vollends an einer so ungerechten Steuer, wie die Kaufaccise. Man hört ohnehin von der Ministerbank, daß die Wünsche der Kammer für Straßenbauten und andere nützliche Unternehmungen nicht in Erfüllung gehen werden; die Kammer sollte sich daher nicht auf Worte beschränken, sondern zu Thaten schreiten. Die befürchtete Lücke für die nächste Periode scheint mir bei den zu erwartenden Ueberschüssen nicht bedenklich; ich unterstütze daher die Anträge der Abg. Bassermann und Sander.

Finanzminister v. Böckh. Wenn man zwei Millionen auf Wasser- und Straßenbauten verwendet, — sind das Worte und keine Thaten?

Knapp. Der Abg. Bassermann hat ganz recht, wenn er sagt, daß ich vor jeder neuen Steuer einen Schrecken habe. Allein anders verhält es sich, wenn von Abschaffung einer Steuer die Rede ist, sobald es die Verhältnisse erlauben. Wenn meine Stimme durchgedrungen wäre, so würde man schon vor Jahren die Kaufaccise abgeschafft und die Salzsteuer, welche lange nicht so ungerecht und drückend ist wie jene, beibehalten haben. Ich werde daher auch dem Vorschlag auf Minderung um $\frac{1}{2}$ fr. beistimmen.

Schaff hat die große Gutmüthigkeit, von welcher

der Abg. Welcker sprach, an der Budgetkommission nicht bemerkt; dieselbe hat alle Positionen sorgfältig geprüft und überall, wo sie es für thunlich hielt, auf Ersparnisse angetragen. Für einen Steuernachlaß dagegen mit der Aussicht auf eine neue, gerechtere Steuer, wie die Abg. Bassermann und Sander wollen, wird ihnen Niemand im ganzen Lande danken. Diese Hoffnung sollte man schwinden lassen und wer sie im Anfange des Landtages hegte, wird sich überzeugt haben, daß es leichter ist, Hoffnungen zu erregen, als sie zu befriedigen. Ein wahrer Steuernachlaß liegt darin, daß die Eisenbahn ohne Steuererhöhung gebaut werden kann. Bei der Verwendung der Ueberschüsse aber sind jene Gegenden zu berücksichtigen, welche keine unmittelbaren Vortheile von der Eisenbahn haben. Wenn der Hr. Finanzminister sagt, daß die Wünsche der Kammer in dieser Beziehung nicht berücksichtigt werden könnten, so glaube ich nicht, daß dieß sein völliger Ernst ist und hoffe vielmehr, daß geschehen wird, was nur immer möglich ist.

Kettig. Das wichtigste Moment bei der vorliegenden Frage ist, daß es sich nicht um bereits gemachte Ersparnisse, sondern von solchen handelt, die sich nach und nach im Laufe der Finanzperiode ergeben und in ihrem Gesamtbetrage erst am 31. Dezember 1843 sich herausstellen. Ich erinnere nur an die gesteigerten Ausgaben für das Militär, an den großen Aufwand für die Eisenbahn. Je stärker diese Ausgaben die vorhandenen Mittel in Anspruch nehmen, um so nöthiger ist es, einen Reservefond festzusetzen. Wenn einmal die Eisenbahn nicht mehr so viele Hände beschäftigt, dann wird man mit dem Straßenbau schneller voranschreiten können. Wenn der Abg. Sander durch einen raschen Entschluß den Wunsch nach einer Steuerverminderung durchsetzen will, so kommt mir dies fast vor, als wolle er den Herrn Finanzminister in das Wasser führen, um ihn schwimmen zu lehren. Der Redner erklärt sich gegen eine Aenderung des Steuersystems, welches schon lange besteht, und dem sich die Verhältnisse des Staates, wie der Bürger, angepaßt haben; er stimmt dagegen für die Anträge der Mehrheit der Budgetkommission und stellt an die Spitze der Wünsche die Ausnahme von 10,000 fl. für Alterszulagen der Lehrer.

Weller huldigt dem Prinzip der Sparsamkeit und findet es erfreulich, daß im Laufe der Finanzperiode eine Million erübrigt werden kann. Allein ihm erscheint eine Aeußerung des Hrn. Finanzministers in der andern Kammer bedenklich, die Aeußerung nämlich, daß das Budget kein Gesetz sei, sondern nur die Motive zur Verwendung der Steuern an die Hand gebe, zu deren Einhaltung nach erfolgter Genehmigung die Regierung die moralische Verbindlichkeit übernehme. Der Redner theilt diese Ansicht nicht; er hält das Budget, sobald es von dem Regenten sanctionirt und in dem Regierungsblatt verkündet ist, für ein Gesetz, welches die Regierung bindet. Da aber bei der Regierung eine andere Ansicht herrscht, so findet er darin Grund genug, einen Reservefond von 800,000 fl. für hinreichend zu halten, und 200,000 fl. zu einem Steuernachlaß zu verwenden.

Finanzminister v. Böckh. Ich glaube, die Sache besser bemessen zu können; ich warne Sie, dem Glück und dem

Zufall zu vertrauen und rathe Ihnen, vorsichtig zu Werke zu gehen. Die Aeußerung, welche dem Abg. Weller bedenklich scheint, habe ich schon oft gethan. Das Budget sagt, wie viel an Steuern eingehen soll. Wie will nun der Abg. Weller das Gesetz vollziehen, wenn sie nicht in diesem Betrage eingehen? Eben so verhält es sich mit den Ausgaben. Das Budget ist lediglich ein Voranschlag und wenn ihn die Regierung nicht einhalten kann, so hat sie die Verbindlichkeit, die Ueberschreitungen zu rechtfertigen.

Hoffmann stimmt dem Abg. Kettig und dem Hrn. Finanzminister darin bei, daß sie eine Steuerverminderung nicht für angemessen halten. Auf der andern Seite müsse er aber der Behauptung entgegen treten, daß noch keine Ueberschüsse vorhanden seien, über welche man verfügen könnte. Es verhält sich damit, wie mit allen Einnahmen, welche ebenfalls erst nach und nach im Laufe der Periode eingehen; dessen ungeachtet verfügt man darüber zur Deckung der Ausgaben, weil man mit Sicherheit darauf rechnen kann. Er ist überzeugt, daß man eben so sicher auf die Ueberschüsse rechnen kann und hätte deshalb sehr gewünscht, daß die Regierung in die proponirte zweckmäßige Verwendung für Unternehmungen eingewilligt hätte, die besonders jenen Landesheilen zu gut kommen, welche keine unmittelbaren Vortheile von der Eisenbahn haben. Die unvermeidlichen Ueberschreitungen sind in der Vorlage der Regierung mit 300,000 fl. berücksichtigt und die Deckung findet sich in den Ueberschüssen der Einnahmen mit 450,000 fl. Ein besonderes Gesetz hiefür ist schon darum nicht zweckmäßig, weil darin gleichsam eine Legitimation zu Ueberschreitungen liegen würde, die nur in den Nachweisungen zu rechtfertigen sind.

Finanzminister v. Böckh. Bisher wurden die außerordentlichen Ausgaben immer aus den Ueberschüssen der vorhergegangenen Periode bestritten. Wollte man diesmal an den Ueberschüssen abbrechen, so müßten wir die außerordentlichen Ausgaben der nächsten Periode durch neue Steuern decken. Ergeben sich Mittel, um im Laufe dieser Periode noch weitere dringende Unternehmungen auszuführen, so werde ich gern für ihre Verwendung stimmen.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag des Abg. Sander, den Satz der Kauf-Accise von 1½ kr. vom Gulden auf 1 kr. herabzusetzen, von der Mehrheit gegen 10 Stimmen verworfen.

Zu dem ersten Antrage der Kommission, 10,000 fl. für Alterszulagen an Schullehrer aufzunehmen, bemerkt

Sander. Der Hr. Finanzminister hat zwar geäußert, er werde, wenn sich Mittel ergeben, gern darauf antragen, daß sie zum Besten des Landes verwendet werden; allein wir sind hier, um bei solchen Verwendungen ein Wort mitzureden; ich kann daher mit dieser Zusicherung nicht zufrieden seyn, die, wenn sie genügte, unser ganzes Bewilligungsrecht überflüssig machen würde. Für die Anträge der Kommission stimme ich nur ungern, und hätte vorgezogen, die Ueberschüsse sämmtlich bis zur nächsten Periode vorzubehalten, wo die Kammer über ihre Verwendung gehört werden muß. Bei den Gratifikationen für Schullehrer haben wir keine Sicherheit, daß sie auch wirklich den Würdigsten zu gut kommen; ich kann daher

ohne nähere Bestimmung nicht für die Aufnahme von 10,000 fl. zu diesem Zwecke stimmen.

Zittel erläutert, daß nach dem Antrage der Petitions-Kommission die Summe für Alterszulagen an diejenigen Lehrer der ersten und zweiten Klasse bestimmt ist, welche durch Alter und Leistungen auf Beförderung Anspruch haben, aber wegen besonderer Umstände noch nicht befördert werden können.

Hecker und Welcker äußern sich im Sinne des Abg. Sander. Welcker wünscht namentlich den Antrag bestimmter dahin gefaßt, daß die 200 ältesten Lehrer jeder eine Gratifikation von 50 fl. erhalte.

Jungmanns und Mördes schließen sich im Einflange mit der Erläuterung des Abg. Zittel dem Antrage der Budgetkommission an, welcher von der Kammer angenommen wird.

Bei dem zweiten Antrage, zur Vollendung des Konstanzer Hafenbaues 38,000 fl. aufzunehmen, unterscheidet Schaaff zwischen dem Aufwand für das Vorwerk mit 35,000 fl., welcher dringend sei und dem Schuggeländer mit 3,000 fl., welches bis zur nächsten Periode beruhen könnte.

Matth erinnert an den Bericht über das außerordentliche Budget und die Verhandlungen darüber, woraus hervorgehe, daß der Schirmdamm auch als Anlandeplaz für die Dampfschiffe diene, wobei in Ermangelung eines Schuggeländers die Reisenden Gefahr laufen in den See zu fallen. Die Nothwendigkeit sei damit hinreichend dargethan, der Aufwand nur gering und er zweifelt deshalb nicht, daß die Kammer den Antrag der Kommission annehmen werde.

Kettig hat gegen diese Verwendung nichts zu erinnern; allein dringender als das Vorwerk in Konstanz, sei die Herstellung eines sicheren Anlandeplatzes in Meersburg. Man könnte daher den Antrag allgemein fassen und auch auf diese Arbeit ausdehnen.

Serbel erinnert, daß schon 1837 eine Petition in diesem Betreff dem Staatsministerium mit dringender Empfehlung überwiesen und eine Summe von 10,000 fl. in das Budget aufgenommen wurde; es sei aber nichts geschehen. Er stellt daher den Antrag, dem früheren Beschlusse gemäß 10,000 fl. hier aufzunehmen.

Hoffmann. Die Budgetkommission ist von dem Grundsatz ausgegangen, nur solche Unternehmungen vorzuschlagen, für welche Pläne und Kostenüberschläge vorliegen. Dies ist bei dem Landungsplaz in Meersburg nicht der Fall; für den Hafenbau in Konstanz dagegen ist Alles vorhanden und die Arbeit kann, wenn man will, in einem halben Jahre vollendet seyn.

Bader unterstützt den Antrag des Abg. Serbel und entgegnet dem Abg. Hoffmann, daß auch für Meersburg Plan und Kostenüberschlag vorliege.

Hoffmann. Für einen Hafen wohl, aber nicht für einen Landungsplaz.

v. Jzstein kann nach den bisherigen Erfahrungen ebenfalls nicht dazu ratheu, eine Summe aufzunehmen, bevor Plan und Ueberschläge vorliegen.

Der Antrag der Kommission wird angenommen, so wie

die übrigen Vorschläge (s. am Schlusse des Berichtes S. 588) bezüglich auf die Steige bei Stodach, die Erhöhung der StraÙe bei Rehl, die Pforzheimer Steige, die StraÙe von Weinheim durch das Birkenauer Thal und die Steige bei Engen.

Die Sitzung wird geschlossen.

61ste öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

Karlsruhe, 7. September. Präsident: Bekk. Regierungskommission: Finanzminister v. Böckh, Ministerialrath Ziegler.

v. Jzstein erstattet im Namen der Budgetkommission mündlichen Bericht über das Finanzgesetz und den Hauptfinanzetat.

Nach Art. 1 werden sämmtlichen Ministerien zur Bestreitung des eigentlichen Staatsaufwandes, so wie für die Lasten und Verwaltungskosten für 1842 . . . 14,389,329 fl. für 1843 14,358,378 "

zusammen 28,747,707 fl. bewilligt. Zur Deckung dieser Credite werden die Einnahmen bestimmt, welche für 1842 zu . . . 14,760,413 fl. für 1843 zu 14,762,883 "

zusammen zu 29,523,296 fl. angeschlagen sind. — Der Ueberschuß, welcher sich im Laufe der Budgetperiode wirklich ergeben wird, ist zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben der nächsten Budgetperiode in der Amortisationskasse niederzulegen.

Rathy bemerkt hierzu, daß in dem ursprünglichen Entwurf der Zusatz: „zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben der nächsten Budgetperiode,“ nicht enthalten war; diese Bestimmung trete an die Stelle des zurückgenommenen Entwurfes über den Reservefond, und könnte es unmöglich machen, einen Theil des Ueberschusses zu dringenden Arbeiten nach den Wünschen der Kammer noch in der laufenden Periode zu verwenden. Er würde einen Zusatz beantragen, wonach solche Verwendungen ausdrücklich genehmigt werden, wenn er nicht die Hoffnung hätte, von Seiten der Regierung die Erklärung zu erhalten, daß diejenigen Ausgaben, wozu sie von der Kammer durch die gestern in das Protokoll niedergelegten Anträge ermächtigt wurde, durch den erwähnten Zusatz nicht ausgeschlossen werden sollen.

Ministerialrath Ziegler erklärt, daß diese Bestimmungen der Ausführung der von der Kammer beantragten Unternehmungen nicht im Wege stehen werden, falls solche noch in der laufenden Periode vorgenommen werden können.

Art. 2 bestimmt für das außerordentliche Budget beider Jahre eine Summe von 1,812,419 fl. nach einem besondern Etat; für die allgemeine Staatsverwaltung sind 1,486,698 fl., für den Grundstock 325,721 fl. bestimmt und zur Deckung dienen aus dem Betriebsfond 1,548,199 fl. und vom Grundstock 325,721 fl.

Die Art. 3, 4, 5 und 6 überweisen die Reineinnahmen der Post und des Eisenbahnbetriebs mit 636,498 fl. der Eisenbahnschuldentilgungskasse, bestimmen jene der Badeverwaltung zu Verwendungen auf die Badeanstalten, setzen

die Dotation der Amortisationskasse zur Schuldentilgung und Beförderung der Zehentablösung für 1842 auf 1,212,170 fl. und für 1843 auf 1,222,946 fl. fest und verfügen über den Betriebsfond der Finanzverwaltung. — Art. 7 erhält die dormalen bestehenden Abgabengesetze in Kraft. Die Art. 8 bis 13 enthalten die früheren Bestimmungen über Besoldungen, Funktionsgehälter und Pensionen.

Nachdem die Artikel einzeln angenommen waren, nimmt v. Jzstein das Wort und äußert: Ehe die Abstimmung über das Hauptfinanzgesetz erfolgt, muß ich mir einige Worte erlauben. Die Auflösung der Kammer ist im verfassungsmäßigen Wege erfolgt; das Volk mußte durch neue Wahlen antworten. Es hat dieses gethan. — Die gegenwärtige Kammer trat zusammen. Eine vielbewegte unruhige Sitzung ist an uns vorübergegangen und zwar in Folge der unseligen Zirkularien der Herren Minister, in Folge der denselben gegebenen betrübenden Ausföhrung, der stattgehabten, von dem ganzen Lande mißbilligten Versezung einzelner Abgeordneten, welche Staatsdiener sind, und des Systems, welches die Herren Minister eingehalten haben. Wir stehen heute am Ziele unserer Arbeiten. — Es handelt sich um die wichtige Frage, ob das Budget bewilligt werden, und ob man die großen Mittel in die Hände der Herren Minister legen solle. Ich habe Rath gepflogen mit meinem Gewissen, ohne Furcht vor dem bekannten Bundesbeschlusse in Betreff der Steuer-Verweigerung — denn ich kenne keine Furcht, wenn es sich um die Erfüllung meiner Pflicht handelt. Mein Entschluß ist gefaßt, und, wie ich glaube, im ächt konstitutionellen Geiste. — Ich will die Mißstimmung, den Zwiespalt zwischen der Kammer und den Herren Ministern und die allenfallsigen Bedenken des Volkes nicht vermehren — ich werde das Budget bewilligen und die Mittel in die Hände der Minister legen. Dabei blicke ich aber auf die höchste Person, welche dem Lande als Regent vorsteht; auf den erhabenen Regenten, dem das Volk mit voller Liebe und Ehrfurcht zugethan ist, Geföhle, welche auch die Kammer in ihrem ganzen Umfange theilt. Höchstderielsbe umfaßt mit landesväterlicher Liebe und Wohlwollen das Volk Badens, dessen Bestes zu fördern der erklärte höchste Wille ist. Er wird bei den bestehenden Verhältnissen in die eine Wagschale das Vertrauen, die Liebe seines Volkes legen, und in die andere Wagschale das System der Minister, und ich zweifle nicht: das letzte wird zu leicht gefunden und darnach verfahren werden. Ich stimme für die Bewilligung des Budgets.

Welcker. Ich befinde mich nach ruhiger Ueberlegung nicht im Stande, dem Finanzgesetz meine Zustimmung zu geben. Ich thue dies nicht, um durch das Nein von meiner Seite eine politische Demonstration zu machen. Ich thue es lediglich darum, weil zwei Hauptposten meiner Ueberzeugung durchaus entgegen sind und zwar ein Ausgabe- und ein Einnahmeposten. Nach der ruhigsten Prüfung konnte ich mich niemals davon überzeugen, daß es von meiner Seite als Volksvertreter gut gehandelt wäre, wenn ich zu dem Militärbudget, zu dieser außerordentlich vermehrten Last, meine Zustimmung gäbe. Glauben Sie nicht, daß ich hierdurch dieser Kammer, oder der Mehrheit der-

selben, meinen Freunden, einen Vorwurf machen will. Sie meinen es wohl mit dem Lande, und haben die Sache eben so gewissenhaft erwogen, als ich. Sie thun, was ihre Pflicht ist, und ich thue, was die meinige ist, ohne den Gedanken eines Vorwurfs. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß diese ungeheure Vermehrung der Militärlast nicht bloß, wie die Württemberger sich ausgesprochen haben, auf die Länge drückender ist, als selbst der Krieg, sondern ich bin vorzugsweise darum in der Lage, diese Last eine unglückselige zu nennen, weil sie uns nicht nur keine stärkeren Vertheidigungskräfte gewährt, sondern weil sie die Vertheidigungskräfte des deutschen Vaterlandes, also auch des Landes und des Thrones von Baden schwächt. Neben dieser ungeheuern Militärlast werden wir nicht im Stande seyn, noch die weitere Last auf das Land zu legen, eine Volkswehr zu gründen, und ich bin überzeugt, daß wir in unserer besondern Lage, und zumal Frankreich gegenüber, nothwendig eine Volkswehr haben müssen. Vor allem bin ich aber überzeugt, daß ein Korps von 16,000 Mann nicht dasjenige ist, was in der Noth die Selbstständigkeit des Thrones und des Staats von Baden retten kann. Hierzu bedarf es wenigstens eines Korps von 30—40,000 Mann, welches eine selbstständige Macht begründet und erfolgreiche Unterhandlungen möglich macht. Linientruppen, verbunden mit Landwehr, sind dasjenige, was uns solche Selbstständigkeit verleiht, und für die Vertheidigung des gesammten deutschen Vaterlandes ist dies noch viel dringender. Durch die Bewilligung eines solchen ungeheuern Militärbudgets ist aber gerade die größere Vertheidigung unmöglich gemacht. Dabei habe ich übrigens die innige Ueberzeugung, die ich jedoch hier nicht ausführen will, daß die Bundesgesetze nicht so interpretirt werden dürfen, als ob dies eine bleibende Last seyn soll. Auch hatte ich nicht die Absicht, durch mein Nein, selbst wenn ich so glücklich gewesen wäre, daß die Mehrheit der Kammer dieselbe Ansicht getheilt hätte, feindselig gegen Regierung und Bund aufzutreten. Ich wollte dann lieber, daß die Sache zu einer Verhandlung unserer Regierung mit dem Bunde gemacht worden, und im schlimmsten Fall zu einer bundeschiedsgerichtlichen Entscheidung gekommen wäre, gleichwie ich damals, als uns die Pressfreiheit gegen die Verfassung genommen wurde, lieber mir gefallen lassen wollte, was die Macht über uns verhängte, als selbst mein Ja auszusprechen. Das war der Grund, warum ich es nicht über mich gewinnen konnte, durch eine Bewilligung auch noch diese Last auf das Land zu legen. Ein zweiter Grund beruht auf dem Einnahmengesetz. Ich bin der vollkommensten Ueberzeugung, daß die Zeit gekommen ist, wo wir in dem Staatshaushalt sparen müssen, und wo unser Volk mit Recht Erleichterung fordert. 900,000 fl. Ueberschüsse gaben uns die Möglichkeit und legten uns auch zugleich die Pflicht auf, dieses unser Volk zu erleichtern, oder einen Anfang mit solchen Erleichterungen zu machen. Bei dem geringen Umfang von Rechten, welche die deutschen Kammern haben, bin ich entschieden der Meinung, daß sie diese wenigen Rechte nicht in der Form von Wünschen in die Hände der Regierung legen, sondern solche selbst üben müssen. Dieß sind die beiden Gründe, aus denen ich nicht ja sagen kann. Daher muß

ich mich übrigens gegen ein Mißverständniß verwahren. Ich habe gesagt, nicht wegen einer politischen Demonstration, also nicht, um auszusprechen, daß ich zu dem System der Herren Minister kein Vertrauen habe, verweigere ich das Budget. Glauben Sie aber nicht, aus dieser Aeußerung schließen zu können, daß ich zu diesem System Vertrauen habe. Dieß würde auch ganz gewiß der Ueberzeugung der großen Mehrheit der Kammer entgegenlaufen. Ich bin wenigstens entschieden der andern Ansicht. Ein Ministerium, dessen vorzugsweise, einflußreiche Stimme sich so weit in der Politik, in Zeit, Ort und Mitteln vergriffen hat, und so vielfachen Zwiespalt in das Land brachte, dessen Politik so wenig konservativ und so wenig staatsmännisch ist, und Minister, die wenigstens der einen Hauptstimme, wenn auch mit Widerwillen, sich anschlossen, nehmen mein Vertrauen nicht in Anspruch. Die Staatsweisheit eines Staatsmannes, welche wir hier in diesem Saale mit dem quos ego auftreten sahen, und welche nun so weit bankrott ist, daß sie mit dieser Kammer nur durch Zeitungsartikel zu verhandeln vermag, ist nicht eine solche, welcher ich vertraue. Eine Staatsweisheit, welche selbst in diesen Zeitungsartikeln sich vertheidigt durch die Wiederholung der Grundsätze, die wir so oft hier hörten, welche die Grundsätze einer Stuartischen und napoleonisch-despotischen Rechtslosigkeit der Bürger so weit ausdehnt, daß sie unbedingt jedes Recht, welches selbstständig von Seiten der Beamten und der Bürger geübt werden will, als eine Verletzung des monarchischen Prinzips erklärt, eine Staatsweisheit, welche die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit unserer Minister gegen die Landesrepräsentation ablängnet, eine Staatsweisheit, die abermals das Unglücklichste, was geschehen kann, versucht, nämlich die Entzweiung des Volks mit der Krone, welche jede pflichtmäßige Vertheidigung unserer Rechte gegen ein ministerielles System als Angriff auf die geheiligten Rechte des Souveräns darzustellen vermag, welche die Minister wiederum unter den Schutz des unverantwortlichen Souveräns flüchtet, und die theuere Unverletzlichkeit des Fürsten zu einer ministeriellen Unangreifbarkeit machen will, welche erklärt, daß ein Ministerium, auch wenn es das Vertrauen des Volks verloren, das Land in's Unglück gebracht und die Freiheit, so wie die konservativen Interessen gefährdet hat, doch nicht entlassen werden dürfe, weil dieß das monarchische Prinzip verlege; eine solche Staatsweisheit, sage ich, hat mein Vertrauen nicht, und ich lege ihr nicht das Geld der Unterthanen mit Vertrauen in die Hände. Ich stimme aber doch in anderer Beziehung mit denjenigen Herrn, die bei der gleichen Gesinnung und Stimmung mit mir aus andern Gründen die Steuern nicht verweigern. Ich kenne die Beschränktheit und Gedrücktheit unserer deutschen Verhältnisse. Ich will den Feinden des konstitutionellen Systems in diesem schwachen Zustande keinen Vorwand verschaffen, um die Verletzungen gegen die Verfassung fortbestehen zu lassen. Meine feste Ueberzeugung ist es, daß, je gemäßigter wir in der Vertheidigung unserer Rechte auftreten, um so weniger die Verletzung dieser Rechte auf die Länge dauern kann, und darum wollte ich mich mit meinem Nein nicht gegen das Mini-

sterium erklären. Ich bin, wie der Abg. v. Ipfstein, lebhaft von dem Wunsche durchdrungen, daß der Frieden zurückkehren und ächt konservativ unsere ganze Verfassung bestehen möge. Ich wünsche einen Frieden, gegründet auf Recht. Wird dem badischen Lande nicht alsbald dieses friedliche Recht, — die Freiheit hat dabei nichts zu fürchten, wohl aber die Ruhe, die Ordnung und der Thron.

Finanzminister von Böckh. Die Ruhe und Ordnung werden erhalten werden, meine Herren!

Jungmanns. Wir sehen, wie bereits bemerkt wurde, am Ende eines langen Streites. Wir werden ihn nicht auf's Neue beginnen wollen. Nicht das System der Minister ist es, das uns bei Prüfung des Budgets geleitet hat. Hoch über dem System der Personen, die der Regierung vorstehen, steht ja die Verfassung. Was uns bei der Prüfung des Budgets geleitet hat, war die Rücksicht, ob die einzelnen Positionen durch die Nothwendigkeit geboten, oder ob sie wohlthätig für unser Land seien. Unter dem Einfluß dieser Rücksicht sind alle Positionen geprüft und auch angenommen worden, und sie ist der Grund, warum wir auch dem vorliegenden Finanzgesetz unsere Zustimmung geben werden.

Gottschalk. Ich hoffe, daß vor der Annahme des Finanzgesetzes und vor Bewilligung der Steuern von Seiten der Regierung die Zusage werde gemacht werden, daß die Wünsche der Kammer, die gewiß auch die Wünsche des Volkes sind, in Erfüllung gehen, und aus den ersparten Mitteln, von denen gestern die Rede war, wenigstens die allerdringendsten Bedürfnisse befriedigt werden sollen. Ich habe, sage ich, von Seiten der Regierung erwartet, doch wenigstens den Schein einer solchen Zusage zu erhalten. In dem Vertrauen aber, daß die Regierung dennoch die Wünsche, die in diesem Hause so oft wiederhallen, deren Realisirung aber vielleicht für den Augenblick ihrem politischen System nicht angemessen scheint, gleichwohl zur Erfüllung bringen werde, bewillige ich die Steuern. Leicht hätte mein Gemüth gestern auch hingerissen werden können, mit einigen der Mitglieder das Wort um Herabsetzung der einen oder andern Steuer zu nehmen, allein ich will der Regierung die Mittel nicht entziehen, solche Bauten, wie wir sie erwarten, auszuführen, oder den gedrückten Lehrern aufzuhelfen. Der Abgeordnete Knapp hat wohl gesagt, die Gemeinden, welche Straßen wünschen, sollen ihrerseits auch Anerbietungen machen. Ich betrachte aber die Sache von einem andern Gesichtspunkt und frage, ob die Gemeinden des Rheinthals und in seiner Gegend auf diese Weise behandelt worden sind? Er kann jetzt zufrieden seyn, denn die Eisenbahn führt dahin. Den Abg. Baffermann erinnere ich daran, daß für den Hafen und den Handel in Mannheim schon viel von dem Staat verwendet worden ist. Ich gönne dies dieser Stadt, wünsche aber auch, daß jener Gegenden, wovon wir gestern sprachen, mehr gedacht werde. Deshalb und aus den von dem Abg. v. Ipfstein angeführten Gründen trete ich dem Finanzgesetz bei, und spreche wiederholt mein volles Vertrauen aus, es werde die Regierung, wie der Abg. von Ipfstein so schön bemerkte, die Wage in die Hand nehmen, und die Wünsche und Erwartungen des Volkes als die schwereren erkennen. Noch eines sehe ich mich gedrun-

gen als Mitglied der Budgetkommission auszusprechen. Sie zeigte bei ihren Arbeiten gewiß große Thätigkeit, allein es hat auch ein Mann an ihrer Spitze gestanden, der selbst vom Morgen bis in die Nacht sich den Geschäften widmete. Dieser Mann, der Nestor unserer Kammer, ist nicht müde geworden, und ihm haben wir es zu danken, daß die Arbeiten so rasch vor sich gingen. Es ist dies derselbe Mann, den man so sehr zu verdächtigen sucht, und ich halte für meine Pflicht, hier auszusprechen, daß unserm Senior v. Ipfstein die Anerkennung gebührt; denn er ist es, der unsere Arbeiten so sehr beschleunigt hat, womit ich zugleich den Beweis liefere, daß alle Verdächtigungen nicht vermögen, Diejenigen, die genauer in die Sachen eingehen, auf eine andere Ansicht zu bringen. (Vielstimmiger Beifall.)

Rindeschwender. Ich theile die Klagen des Abg. Welcker über das Militärbudget, ich theile die Wünsche des Abg. Gottschalk, und hoffe, daß ihnen von der Regierungsbank so viel als möglich werde nachgekommen werden. Uebrigens bewillige ich die Steuern, weil ich in der Budgetkommission selbst Zeit, Muße und Gelegenheit hatte, mich davon zu überzeugen, daß sämtliche Einnahme- und Ausgabe-posten mit der größten Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit geprüft wurden, wie sie denn auch von der Kammer, wenigstens in ihrer überwiegenden Mehrheit, angenommen worden sind, und in den Ausgaben und Einnahmen mehr herunter oder hinauf zu gehen, scheint mir unmöglich. Ich bewillige die Steuern, weil ich das so regulirte Budget in irgend welche Hände legen muß. Ich bewillige es und lege es in die Hände der gegenwärtigen Minister, weil ich ihnen Gewissenhaftigkeit und Ehrenhaftigkeit genug zutraue, streng sich an die Verordnung zu halten, die ihnen auflegt, die Staatsgelder zum Nutzen und Frommen des Landes zu verwenden. Ich bewillige die Steuern, weil ich weiß, daß das Volk Ruhe und Frieden will, und daß auch Empfindungen, die in der einen oder der andern Brust aufstauen, diesem Wunsche untergeordnet werden müssen. Ich erwarte diesen Frieden und diese Ruhe, und hoffe, daß ein System nicht mehr an das Tageslicht treten möge, welches die neueste Zeit für verwerflich erklärt, und das sich auch so gezeigt hat. Ich bewillige endlich die Steuern, weil ich den politischen Verhältnissen Rechnung trage.

Finanzminister v. Böckh. Unser Budget hat mit der Politik und den Parteiinteressen nichts zu schaffen. Wenigstens habe ich die Beruhigung und die Ueberzeugung, daß davon in dem Budget keine Spur zu finden seyn wird. Auch in Zukunft werden Sie in Beziehung auf die öffentlichen Ausgaben die Gewissenhaftigkeit finden, die wir bis jetzt beobachtet haben. Wir machen keine Ausgaben für unsere Freunde, und wir verweigern keine Ausgaben zum Besten unserer Feinde. Wir stehen über allen solchen Rücksichten erhaben.

Gerbel. Ich trage kein Bedenken, dem Finanzgesetz meine Zustimmung zu geben. Schon in einer frühern Sitzung, wo die politischen Mißgriffe der Ministerien zur Sprache kamen, habe ich erklärt, daß die Großherzogliche Staatsregierung unverändert das Vertrauen des Volkes in Beziehung auf die Administration genieße. Es wurde

damals diese meine Aeußerung von einigen Seiten als Mißton im Verhältniß zur politischen Haltung der Regierung aufgenommen; mein ausgesprochenes Urtheil erhält nun aber heute seine volle Bestätigung, dadurch, daß sich ohne Zweifel eine entschiedene Mehrheit für die Annahme des Finanzgesetzes aussprechen wird, und damit werden zugleich die in diesem Saale von der Regierungs-Partei oft vernommenen Aeußerungen, als bestehe hier eine der Regierung feindselige Partei, aufs Schlagendste widerlegt. Denn ein großes Vertrauen muß man zu einer Regierung haben, der man alle Staats-Einnahmen und zugleich ein Anlehen von zwölf Millionen zum Bau der Eisenbahn in die Hände liefert. Bei meiner frühern Erklärung über das der Regierung unverändert verbliebene Vertrauen dachte ich mir aber zwei Beschränkungen, nämlich bei dem Ministerium, welchem die eben damals besprochenen politischen Mißgriffe zunächst zum Vorwurf gereichen, und bei einem andern Ministerium, welches mit der Gesetzgebung in der Justiz stets im Rückstand bleibt. Werden diese hier angegebenen wesentlichen Mängel der Regierung auf angemessene Weise beseitigt, dann besteht wieder der alte Zustand der vollen Eintracht und des unbeschränkten Vertrauens zur Regierung, und da Vertrauen wieder Vertrauen erzeugt, so wird auch dasselbe dem Volk und seinen Vertretern geschenkt werden; Baden kann und wird dann die Stellung, die es früher stets einnahm, in Deutschland wieder erhalten und fortan als Musterstaat sich darstellen.

K n a p p. Der Abg. Gottschalk scheint in Beziehung auf die öffentlichen Verhältnisse, und das, was auf frühern Landtagen vorging, nicht gehörig unterrichtet zu seyn, denn wäre er dieses, so würde er sich nicht in solcher Weise gegen mich ausgesprochen haben. Selbst das Straßengesetz, welches der Kammer früher vorgelegt worden, ist von dem Grundsatz ausgegangen, daß es darauf ankomme, welche Beiträge zu neuen Straßen von den Gemeinden geleistet werden wollen. Es hat sich gezeigt, daß Petitionen um Straßen bei der Kammer einkamen, denen auch entsprochen wurde, allein als es später zum Bau kam, wußte man nicht, wie viel man für den Grund und Boden fordern sollte. Der Herr Abgeordnete sagt ferner, man habe die Eisenbahn in's Rheinthal und meine Gegend geführt. Wenn aber derselbe die Unterhandlungen über die Eisenbahnverhältnisse kannte, so würde er sich nicht halb vorwurfsweise darauf berufen haben. Er erinnert ferner an die schönen Landstraßen, die auf Staatskosten hergestellt worden seien. Der Herr Abgeordnete scheint aber auch in dieser Beziehung nicht gehörig unterrichtet zu seyn, denn die Straßen, die in die Unterhaltung des Staats abgegeben wurden, sind von den Gemeinden selbst längst vorher hergestellt und unterhalten worden.

G o t t s c h a l k. Was ich gesagt habe, das habe ich gesagt, und die Zeit ist zu edel, als daß ich sie mit einer überflüssigen Erwiderung verderben möchte.

K n a p p. Was die Hauptsache betrifft, so schließe ich mich Denjenigen an, die für die Bewilligung des Budgets sind. Man hat sodann vielfach von Gefahren gesprochen, und sie mögen vielleicht auch näher seyn, als man sich denkt. Wenn aber Gefahren vorhanden sind, so gibt es

kein kräftigeres Mittel für uns, als das, einig zu seyn, denn Einigkeit macht stark und verleiht Kraft. Ich gehöre einem kleinen Landestheil an, der in den 90er Jahren bewiesen hat, was Einigkeit und Anhänglichkeit an Fürst und Vaterland hervorzubringen vermag. Niemand in diesem Saale ist vielleicht mehr gekränkt worden in früheren Zeiten und jetzt wieder, als ich selbst, aber vergessen wir zum Schluß alle Kränkungen, suchen wir den Frieden zwischen Fürst und Vaterland und Regierung zu erhalten, in Eintracht zu wirken, und die Verfassung zu beschützen. Decken wir alles Vergangene mit dem Mantel der Liebe zu, jedoch, wie ich wiederhole, ohne hiebei zu vergeßen, daß wir fest an der Verfassung halten müssen.

S a n d e r. Wenn ich gestern vorgeschlagen habe, eine Steuerverminderung eintreten zu lassen, so geschah dies in dem Bestreben, dem Lande, dem unter einer schweren Last von Steuern liegenden Lande, eine Frucht dieses Landtages nach Hause zu bringen. Ich bedauere, daß es mir nicht gelungen ist, mein Bestreben durchzuführen. Ich bedauere dies mit dem Abg. Welcker, und theile mit demselben auch seine weiteren Klagen über die großen Lasten, die auf unserm Budget liegen. Gleichwohl kann ich aber mit ihm nicht zu dem Resultate kommen, die Steuern nicht zu bewilligen. Hätten wir gar keine Frucht dieses Landtags, und wären wir wirklich dahin gefallen, wohin man die Kammer und das Land vielleicht zu führen suchte, so würde ich, wäre ich in dieser Lage, keinen Anstand nehmen, die Steuern nicht zu bewilligen. Eine Frucht aber, und zwar eine große Frucht hat dieser Landtag gebracht. Wenn ich meine Blicke zurückwende in die vergangene Zeit, so muß ich fürchten, daß ein System auf uns drückte, welches nicht dahin gerichtet war, die Verfassung aufrecht zu erhalten, nicht dahin gerichtet, die Rechte des Volkes zu wahren und zu achten, sie zu dem schönen Bilde einer acht repräsentativen Monarchie zu vereinigen. Diesem System ist aber diese Kammer entgegengetreten. Sie war es, die da verhinderte, daß es rückwärts ging, sie war es, die die Rechte des Volks wahrte, die die Bestimmungen der Verfassung standhaft fest hielt, sie war es, die nichts that, was nicht in ihren Rechten und ihren Befugnissen lag, die die Rechte der Krone wahrte, aber auch die Rechte des Volks zu vertheidigen wußte. An dieser Frucht halte ich fest. Wohl weiß ich, wie man die Bestrebungen der Kammer in den Zeitungen verdächtigt. Wohl kenne ich die Drohungen, die dieser Kammer gemacht wurden, wohl höre ich, daß man uns als Widersacher des monarchischen Prinzips anseindet, und daß man uns abermals mit einer Auflösung droht. Wir können aber mit der größten Ruhe allen diesen Drohungen entgegensehen; das Gefühl der reinsten Pflichterfüllung kann uns beruhigen. An ihm festhaltend, alle Rechte anerkennend, das monarchische Prinzip nicht anseindend, stimme ich für die Bewilligung der Steuern, und dieß sei die Antwort der Kammer, welche sie Denjenigen gibt, die mit einer Auflösung drohen. Man weiß aber auch, daß wenn eine solche Drohung wirklich vollzogen wird, dies nur geschieht, weil man das System, das bisher auf uns drückte, fortsetzen will. Das Land wird alsdann die Wahl haben zwischen jenen, die in dieser Kammer die Rechte des Landes vertheidigten, ohne die Rechte der Krone anzuseinden, und zwischen jenen, deren Streben nicht dahin geht, die

Rechte des Landes, welche die Verfassung gewährt, aufrecht zu erhalten und durchzuführen.

Finanzminister v. Böckh. Ich halte es nicht an der Zeit, auf eine Diskussion einzugehen, die der Hr. Abg. Sander anzuregen versuchte. Das Ministerium ist seines guten Rechtes und der Gewissenhaftigkeit seiner Handlungswiese sich bewußt. Ich will daher nur von der einzigen Behauptung sprechen, man habe der Kammer mit der Auflösung gedroht. Ich frage, ob diese Drohung je von der Bank der Minister gehört worden ist? (Viele Stimmen antworten nein.) Genug also.

v. Ißstein. Zeitungsartikel haben hieron gesprochen.

Hecker. Am 19. August d. J. legte ich mein Mißtrauensvotum gegen das gegenwärtige Ministerium und sein System in dieser Saale nieder; ich sprach dorten aus, daß ich kein Vertrauen zu seiner Verwaltung habe, weil ich in den Ministerialrescripten Eingriffe in die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes erblicken mußte und erblickte. Wenn ich nun mit starrer Konsequenz verfahren wollte, so dürfte ich so große Summen in die Hände einer Verwaltung nicht niederlegen, gegen welche ich ein Mißtrauensvotum abgelegt habe; weil ich nicht in die Herzen der Minister sehen kann und nicht weiß, ob sie von jenen Ansichten, von jenem System, welches das Werk eines Mannes und von ihm ausgegangen ist, zurückgekommen sind. Allein die Hoffnung, daß dieses der Fall sei, bewegt mich, dem Finanzgesetze meine Zustimmung zu geben. Ich hege nämlich die Hoffnung, daß die Stimme des Volkes nicht vergeblich an das Ohr der Minister angeschlagen habe, daß sie werden vernommen haben, daß das bisherige System als ein verderbliches erkannt worden ist. Als die Minister nach der Auflösung der Kammer sich zur Aufrechthaltung ihres Systems an das Volk wendeten, schwieg dasselbe. Das Schweigen des Volkes war aber eine bedeutungsvolle Lehre für die Minister. Das Volk hat aber sogar auf jene Appellation im entgegengelegten Sinne sich laut erklärt, indem es die Majorität dieser Kammer wählte. Ich hoffe daher, daß aus dieser Lehre die geeignete Anwendung gezogen worden ist, und daß ein System falle, das als unhaltbar erklärt ist. Ich stimme aber für das Finanzgesetz aus dem weitern Grunde, weil ich aus eben diesem Votum des Volkes dessen Mündigkeit und Festwilligkeit, wo es sich um konstitutionelle Interessen handelt, wahrnehme, welche selbst bei einer nochmaligen Kammerauflösung erkennen würde, um was es sich handelt und keine andere Männer erwählen würde, als die es zur Vertheidigung seiner Rechte für geeignet hält. Bei diesem gesunden Sinne des Volkes fürchte ich nichts, wenn wir jetzt die Steuern verwilligen. Ich knüpfe aber noch eine weitere Hoffnung an, nämlich die, daß der Urheber jenes Systems der Minister, er, der vergebens das monarchische Prinzip mit seiner Person zu identificiren sucht, von seinem Stuhle herabsteigen und aus der Staatsverwaltung austreten werde, daß damit ein System des Eingriffs in verfassungsmäßige Rechte, welches trotz der gegnerischen Behauptung kein konservatives, sondern wenn auch das Rad rückwärts, statt vorwärts getrieben wird, ein Friede störendes und unwillkürliches ist, ein Ende nehmen werde. Er trete ab, und Jubel wird im Lande erschallen und aus diesen Hoffnungen,

deren Realisirung ich nahe erwarte, stimme ich dem Finanzgesetze zu.

Finanzminister v. Böckh. An solchen Diskussionen nehme ich keinen Antheil. (Er verläßt den Saal; bald darauf folgt ihm Ministerialrath Ziegler.)

Bader. Ich stimme für die Bewilligung der Steuern, weil ich sehe, daß die Bedürfnisse des Landes die geforderte Summe dringend erheischen. Ich stimme für die Bewilligung mit dem Wunsche und in der Hoffnung, daß der Glückstern, der früher so herrlich über Badens Gauen leuchtete, nach einer so trüben Periode seine Strahlen uns wieder zuwenden werde. Ich habe gestern nicht für die von einigen Mitgliedern vorgeschlagene Steuerherabsetzung gestimmt, weil ich mit dem Abg. Gottschalk glaube, daß wenn wir disponible Mittel haben, sie auf Unternehmungen in jenen Gegenden verwendet werden müssen, die schon lange auf deren Ausführung harren. Ich habe nicht für die Verminderung der Liegenschaftsaccise gestimmt, weil eine solche Verminderung hauptsächlich nur den großen Städten, nicht aber jenen Gegenden, die wir erleichtern wollen, zu statten käme, indem in den großen Städten die Eigenthumsveränderungen weit häufiger vorkommen, als z. B. im Schwarzwalde und in dem Odenwalde. Wären wir aber auch in dem glücklichen Fall, wie wir es nicht sind, eine Steuer aufheben zu können, so wäre mir immer noch eine andere Klasse von Staatsangehörigen bekannt, die vor Allen übrigen vorzugsweise belastet ist. Ich meine die Weinproduzenten, von denen vorgestern gesagt wurde, daß sie gegen alle Andern zwei- und dreifach belastet seien, und das Zwei- und Dreifache an Steuer bezahlen müssen. Wenn wir also in dem Falle wären, eine Steuer nachzulassen, so müßten wir diese Leute vor Allen berücksichtigen.

Schaff. Ich hatte nicht die Absicht an dieser unfruchtbaren Diskussion Theil zu nehmen, die jedenfalls dem Lande keine süßen Früchte bringen wird; aber einige Aeußerungen, die gefallen sind, erfordern doch eine Erwiderung. — Einige Redner haben unterschieden zwischen solchen Mitgliedern, die es aufrichtig mit dem Wohle des Volkes meinen, die nicht nur die Rechte des Thrones, sondern auch die Rechte des Volkes aufrecht zu erhalten suchen und diese ihre redliche Absicht bethätigt haben und zwischen Andern, die in Beziehung auf die Rechte des Volkes nachlässig gewesen seien. Ich fordere diese Redner auf, diejenigen Mitglieder zu bezeichnen, welche sie damit gemeint haben. Wenn keine Antwort erfolgt, so muß ich annehmen, daß sie ihre Aeußerung nicht auf Mitglieder dieser Kammer bezogen haben. Ich bedauere, daß so überstarke Ausfälle gegen die Regierungsbank vorgekommen sind, welche veranlaßten, daß ein Minister sich entfernen mußte. Schon früher habe ich die Besorgniß geäußert, daß der Beschluß vom 19. August unangenehme Folgen haben werde; ich weiß nicht, ob es geschehen wird oder nicht, allein ich mußte es glauben. Wenn sich der Abg. Welcker nach einer Volkswehr sehnt, so kann ich ihm zum Troste sagen, daß wir sie erhalten müssen und zwar gemeinsam mit den übrigen süddeutschen Staaten. Das neue Militärsystem wird uns kräftigen gegen das Ausland, allein es wird nicht wohlfeiler werden als das bestehende. Wer dem Volke diese Hoffnung eröffnet, wird sie wieder nicht erfüllen können.

(Schluß, Titel und Register werden schnellstens nachgeliefert.)